

ECOWAS UND DER DEMOKRATISIERUNGSPROZESS IN TOGO

Kokou Folly Lolowou HETCHELI

Der Demokratisierungsprozess in Togo Anfang 1990 ist wie in den meisten afrikanischen Staaten südlich der Sahara von großen politisch-sozialen Spannungen gekennzeichnet und verfügt über zwei politische Kräfte mit entgegengesetzten ideologisch-politischen Visionen. Die regierende Partei setzt sich für einen evolutionären Ansatz, mit der Absicht die Kontrolle über den demokratischen Prozess zu übernehmen und mit eigenem Tempo die politischen Reformen, die sie für angemessen hält und in ihrer Interessen stehen, durchzuführen. Die Oppositionsparteien dagegen nehmen eine revolutionäre Position ein. Sie befürworten einen radikalen Änderung des politischen Systems und auch die Ausschließung der ehemaligen Machthaber von der neuen Machtverwaltung. Unter diesen Umständen ziehen die beiden politischen Kräfte einen *"strategischen Handeln"* bei der Weiterentwicklung des Demokratisierungsprozesses vor. Außerdem benutzen sie Gewalt als politische Verhandlungsstrategie besonders während der Wahlperioden, die zur Relativierung der Annahme, die die Wahl als "Sicherheitsventil" wahrnimmt. Diese strategische Interaktion zwischen den politischen Akteuren führt oftmals zur politischen Sackgasse.

Angesichts der schwierigen Verankerung der Demokratie in Togo, versucht ECOWAS durch diplomatische Aktionen (Erkundungsmissionen, Wahlbeobachtung, Sonderbeauftragten, Mediation, usw.) mitzuwirken.

ECOWAS, in seiner Integrationsdynamik, hat sich aus ökonomischer orientierten Organisation zu einer „*Sécurité collective de proximité*“ gewachsen. Es versucht seine rechtlichen und politischen Mechanismen weiterzuentwickeln, um die Lösung der Sicherheitsprobleme in seinem geographischen Raum beizutragen.

Seine Interventionen in Togo ist von den politischen Akteuren und den Zivilgesellschaftsorganisationen unterschiedlich geschätzt.

Was sind die Probleme und Herausforderungen dieser Interventionen? Was sind die rechtlichen und politischen Grundlagen? Was sind die Wahrnehmungen der Togoer gegenüber den Initiativen dieser Institution? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieser Arbeit.

Christof Hartmann (Universität Duisburg-Essen)

ECOWAS in der Côte d'Ivoire

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit Demokratieförderung afrikanischer Regionalorganisationen hat sich seit Beginn der 1990er Jahre neben der SADC empirisch hauptsächlich auf ECOWAS und AU konzentriert. Dabei ist deutlich geworden, dass in der ECOWAS der Demokratieschutz mehr als die Förderung von Demokratisierung im Mittelpunkt gestanden hat. Die Durchführung oder Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen hat dabei just nach der Vervollständigung des rechtlichen Mandats seit ca. 2000 an Bedeutung verloren.

Der Fall Côte d'Ivoire ist dabei in mehrerer Hinsicht geeignet, diese empirischen Puzzles zu diskutieren, aber auch mehrere damit verbundene theoretische Annahmen zu prüfen. Die bestehende Forschung zu internationalen Interventionen in der Côte d'Ivoire hat sich dabei zumeist auf die Militärintervention als möglichen Anwendungsfall der R2P konzentriert.

Die Argumentation des Papers wird in drei Schritten bestehen. Ich möchte zunächst die Demokratieförderungsmaßnahmen der ECOWAS (insbesondere in der Phase 2010-11) rekonstruieren. In einem zweiten Schritt soll der Entscheidungsprozess erklärt werden. Hierbei sollen u.a. die auch im Call genannten Ansätze geprüft werden, wobei die These vertreten wird, dass die Entscheidung hauptsächlich auf organisationsinterne Faktoren und innenpolitische Faktoren in den Mitgliedsländern zurückzuführen ist. In einem dritten Schritt soll die Wirksamkeit der ECOWAS-Maßnahmen diskutiert werden. Hierbei spielen nun ECOWAS-externe Erklärungsfaktoren eine maßgebliche Rolle, empirisch insbesondere die Rolle Frankreichs, der VN und der AU. Das Paper möchte dabei, ausgehend vom Fall Côte d'Ivoire, zur Reflektion über die theoretische Rahmung dieser vielfältigen Wechselwirkungen externer ‚Demokratie‘-Förderung beitragen.

Demokratieförderung im „Arabische Frühling“? Regionalorganisationen in Nordafrika zwischen Nichteinmischung und Intervention

Vera van Hüllen (Leuphana Universität Lüneburg)

Abstract:

Dieser Beitrag untersucht die Reaktionen der Arabischen Liga und der Afrikanischen Union auf die Ereignisse des „Arabischen Frühlings“ in Nordafrika, wo die Welle politischer Proteste in der arabischen Welt ihren Anfang nahm: In Tunesien, Ägypten und Libyen richteten sich die Proteste früh, besonders heftig und mit weitreichenden Konsequenzen gegen langjährige autoritäre Herrscher und ihre vermeintlich stabilen Regime. Während die Arabische Liga als „Club“ autoritärer Regime gilt, hat die Afrikanische Union deutlich ältere und „stärker“ regionale Institutionen zum Schutz von Demokratie und Menschenrechten geschaffen. Wie haben diese beiden Regionalorganisationen also auf die Herausforderung politischer Herrschaft und die Erschütterung nationaler und regionaler Sicherheit Anfang 2011 reagiert? Stand die Förderung demokratischen Wandels oder die Stabilisierung autoritärer Regime im Vordergrund? Konkurrierten die beiden Regionalorganisationen dabei miteinander oder lässt sich eine Art Arbeitsteilung feststellen? Dabei geht es sowohl um ihre Politik gegenüber ihren jeweiligen Mitgliedstaaten als auch um ihre Vertretung regionaler Interessen gegenüber der internationalen Gemeinschaft. Ihre Interaktion untereinander und mit anderen internationalen Akteuren rückt insbesondere bei den Verhandlungen um eine Intervention in Libyen im Rahmen der Vereinten Nationen in den Blick.